

Beilage 2



Teilrevision des Reglements über die Abgabe von Energie
und Wasser durch die SWG

Teilrevision des Konzessionsvertrages mit der Einwohnergemeinde der Stadt Grenchen

Erläuterungsbericht
zu Händen des Gemeinderates der Einwohnergemeinde
der Stadt Grenchen

Grenchen, 28. November 2023

Auszug zu den Rechtsgrundlagen

*(die übrigen, hier weggelassenen Teile sind in die Vorlage und v.a. in die Synopsis,
Kommentarspalte eingearbeitet / LM)*

(Listen der Rechtsgrundlagen nach Nummern)

Inhaltsverzeichnis

1.	Ausgangslage
2.	Ziele der Revision
3.	Massgebende Rechtsgrundlagen für die Tätigkeit der SWG
4.	Erläuterung zu den einzelnen revidierten Bestimmungen des Reglements über die Abgabe von Energie und Wasser durch die SWG
5.	Anpassungen am Konzessionsvertrag
6.	Auswirkungen
7.	Beschlussfassung und Genehmigung

3. Massgebende Rechtsgrundlagen für die Tätigkeit der SWG

3.1 Vorbemerkung

- 1 Die Rechtsgrundlagen für die Tätigkeitsfelder der SWG (Wasserversorgung, Lieferung von elektrischer Energie, Gas und Wärme) sind komplex und zersplittert. Es finden sich dazu Vorschriften auf mindestens fünf Ebenen (Bundesrecht, kantonales Recht, kommunale Erlasse, eigene Vorschriften und vertragliche Vereinbarungen mit den Kunden der SWG).
- 2 Im Bereich der Elektrizitätsversorgung hat der Bundesgesetzgeber mit der Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung am 1. Januar 2008 in eine historisch kantonaldominierte Domäne eingegriffen. Der Anwendungsbereich des Gesetzes und die den Kantonen oder Gemeinden noch verbleibenden Regelungskompetenzen sind auch nach mehr als 10 Jahren noch nicht restlos geklärt (vgl. KATHRIN S. FÖHSE, Die Leiden der jungen Strommarktordnung – aktuelle Probleme des StromVG unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung zu Netzgebietszuteilung und Grundversorgung, in: recht 2015, S. 125 ff. sowie MARTIN FÖHSE, Grundversorgung mit Strom – ein Überblick zu Rechtsverhältnissen und Zuständigkeiten, in: AJP 2018, S. 1235 ff.). Fest steht, dass die bundesrechtlichen Vorschriften in weiten Teilen direkt anwendbar sind. Die kantonalen und kommunalen Erlasse sowie die eigenen, durch die Energieversorgungsunternehmen aufgestellten Vorschriften sind im Lichte des Bundesrechts auszulegen.
- 3 Der Bereich der Gasversorgung hingegen ist heute noch weitaus weniger reguliert. In der Schweiz gibt es bisher keine spezialgesetzliche Regulierung des Gasmarktes. Lediglich ein einzelner Artikel des Rohrleitungsgesetzes von 1963 (SR 746.1, Art. 13) verpflichtet die Netzbetreiber, Gastransporte für Dritte im Rahmen der technischen Möglichkeiten und gegen eine angemessene Vergütung durchzuführen. Die von der Gasbranche und zwei Verbänden grösserer Industriekunden 2012 abgeschlossene privatrechtliche Verbändevereinbarung, welche den Netzzugang regelt, wurde von der Wettbewerbskommission 2020 als kartellrechtswidrig eingestuft. Auf Bundesebene sind Bestrebungen im Gang ein Gasversorgungsgesetz zu verabschieden, welches die Regeln für den Marktzugang festlegt. An seiner Sitzung vom 21. Juni 2023 hat der Bundesrat die Eckwerte dieses neuen Gasversorgungsgesetzes definiert. Die parlamentarische Beratung steht noch aus.
- 4 Die Wasserversorgung ist hingegen kantonalderegelt. § 91 des kantonalen Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA, BGS 712.15) bestimmt die Gemeinden und übrigen Organisationen (wie etwa die SWG) zu den Trägern der Siedlungswasserwirtschaft. Im Rahmen der durch das kantonale Recht vorgegebenen Rahmenbedingungen haben diese Träger in der Organisation und Ausgestaltung ihrer Aufgabe eine gewisse Autonomie. Die Grundsätze zum Tariffsystem (z.B. Perimeterbeiträge und Anschlussgebühren)

werden wiederum durch das kantonale Recht (namentlich die Grundeigentümerbeitragsverordnung, GBV, BGS 711.41) festgelegt.

- 5 Die Wärmeversorgung basiert vornehmlich auf vertraglichen Vereinbarungen zwischen der SWG und den Wärmebezüglern. Die Gemeinden haben die Möglichkeit über eine kommunale Energieplanung und den Erlass von Nutzungsplänen die Versorgung ihres Gemeindegebietes mit Fernwärme zu regulieren. In der Stadt Grenchen bestehen diesbezüglich noch keine entsprechenden Pläne. Die Realisierung von Fernwärmenetzen erfolgt aktuell im Rahmen von Baugesuchsverfahren.

3.2 Rechtsgrundlagen auf Bundesebene

- 6 Für die Tätigkeit der SWG sind auf Bundesebene folgende Bundesgesetze und Ausführungsverordnungen von Bedeutung (die Aufzählung ist nicht abschliessend, sie beschränkt sich auf die wesentlichen Bundesgesetze und Ausführungsverordnungen):
- Energiegesetz (EnG, SR 730.0)
 - Energieverordnung (EnV, SR 730.01)
 - Elektrizitätsgesetz (EleG, SR 734.0) mit den dazugehörigen Ausführungsverordnungen (insbesondere die Niederspannungs-Installationsverordnung, NIV, SR 734.27)
 - Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG, SR 734.7)
 - Stromversorgungsverordnung (StromVV, SR 734.71)
 - Bundesgesetz über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- und Treibstoffe (RLG, SR 746.1)
 - Verordnung über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- und Treibstoffe (RLV, SR 746.11)
- 7 Die Gesetzgebung auf Bundesebene ist im Fluss. Mit dem im Jahr 2008 in Kraft gesetzten Stromversorgungsgesetz wurde in einem ersten Schritt den Endverbrauchern mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100'000 kWh der freie Marktzugang gewährt.
- 8 Am 21. Mai 2017 hat das Schweizer Volk der Energiestrategie 2050 zugestimmt, welche u.a. Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und Ausbau der erneuerbaren Energien zum Inhalt hat und auch Auswirkungen für die Energieversorgungsunternehmen zeitigt (z. B. bezüglich Einführung von Smart Meter). Die für die Umsetzung der Energiestrategie 2050 notwendigen Gesetzesänderungen (vornehmlich im Energiegesetz und dem Stromversorgungsgesetz sowie deren Ausführungsverordnungen) sind am 1. Januar 2018 in Kraft getreten.
- 9 Die nächste Gesetzesrevision ist bereits im Gang. National- und Ständerat haben am 29. September 2023 den sog. Mantelerlass (Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien [Änderung des Energiegesetzes und des

Stromversorgungsgesetzes]) verabschiedet. Die Ausarbeitung der dazugehörigen Ausführungsverordnungen steht noch aus. Zudem haben die eidgenössischen Räte am 16. Juni 2023 das dringliche Gesetz zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten und grossen Vorhaben der Speicherwasserkraft beschlossen.

- 10 Mit dem bereits erwähnten, in Bearbeitung begriffenen Gasversorgungsgesetz soll der Gasmarkt ebenfalls bundesrechtlich reguliert werden.

3.3 Rechtsgrundlagen auf kantonaler Ebene

- 11 Auf kantonaler Ebene sind im Wesentlichen folgende Rechtsgrundlagen von Bedeutung:
- Gemeindegesetz (GG, BGS 131.1, insbesondere §§ 158 ff. GG bezüglich Gründung von Gemeindeunternehmen)
 - Planungs- und Baugesetz (PBG, BGS 711.1)
 - Kantonale Verordnung über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren (GBV, BGS 711.41)
 - Kantonale Bauverordnung (KBV, BGS 711.61)
 - Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA, BGS 712.15)
 - Energiegesetz (EnGSO, BGS 941.21)
 - Verordnung zum Energiegesetz (EnVSO, BGS 941.22)
 - Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Stromversorgung (BGS 941.25)

3.4 Rechtsgrundlagen auf kommunaler Ebene

- 12 Auf kommunaler Ebene finden sich folgende Vorschriften zur Tätigkeit der SWG:
- 100 Gemeindeordnung vom 16. Februar 1993 (Stand: 13. Juni 2021)
 - 703 Reglement über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren vom 29. September 1993 (Stand 1. Januar 2010)
 - 810 Statuten der SWG vom 29. November 1995 (Stand: 2. Dezember 2020)
 - 811 Corporate Governance Prinzipien der SWG vom 30. Juni 2020
 - 812 Eignerstrategie für die SWG vom 3. Dezember 2019
 - 812.1 Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Grenchen und der SWG vom 8./12. April 2021
 - 814 Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Grenchen und den städtischen Werken Grenchen vom 29. November 1995 (Stand: 15. Januar 2004)
 - 815 Vereinbarung über die Ablieferung der SWG an die Stadt Grenchen 10.6.2008 (Stand 1. Januar 2009)
 - 816 Reglement über die Abgabe von Energie und Wasser durch die SWG vom 15. Dezember 2009 (Stand: 4. Dezember 2019)